

Der Fluch der bösen Tat

Von Dieter Grillmayer

Zur Abschaffung der Studiengebühren in der berüchtigten Nationalratssitzung vier Tage vor der Nationalratswahl 2009. An den Universitäten geht die Saat einer verfehlten Bildungspolitik auf.

Vier Tage vor der letzten Wahl beschloss eine unheilige Allianz aus SPÖ, FPÖ und Grünen die Abschaffung der Studiengebühren sowie von Zugangsbeschränkungen zum Universitätsstudium. Damit ist ein wichtiges Regulativ aus vorwiegend fundamentalistischen Beweggründen gekappt worden. Aus einer Vielzahl negativer Folgen sticht der „Ansturm auf die Gratis-Unis“ ins Auge, wie der „Kurier“ in seiner Ausgabe vom 2. Oktober 2009 titelte.

Wir erfahren darin von einer Psychologiestudentin aus Bayern, die an der Uni Salzburg den Aufnahmetest auf Anhieb bestand, während sie nach eigenen Angaben in Deutschland auf Grund des Numerus Clausus zehn Semester hätte warten müssen. Und eine andere Deutsche ist „gleich mit fünf Freunden nach Wien zum Studieren gekommen. Mit meinem Abitur-Schnitt hat mich in Deutschland keine Universität genommen“.

Damit wird nicht zuletzt die Frage der Qualität angesprochen. Dazu passt die Meldung, dass im internationalen Ranking die Uni Wien vom 115. auf den 135. Platz zurückgefallen ist und als einzige österreichische Hochschule überhaupt noch genannt wird. Dass die Hochschülerschaft das als „unser geringstes Problem“ bezeichnet, belegt zum wiederholten Mal, dass sie eher eine Probehühne für linke Agitatoren als eine Interessensvertretung für (österreichische) Studierende ist.

Konkret werden die Studentenzahlen von 240.000 im Vorjahr auf ca. 285.000 im Studienjahr 2009/10 ansteigen, einerseits auf Grund des überproportionalen Zuzugs von Ausländern, vornehmlich EU-Bürgern und Schweizern, andererseits vor allem in Fächern wie Psychologie, Kommunikations- und Politikwissenschaften, die schon bisher überlaufen waren.

Das leitet über zur Frage der Rechtfertigung der für das Hochschulwesen eingesetzten Mittel vor dem Steuerzahler im Hinblick auf die Sicherung des Akademiker-Bedarfs. Wie allgemein bekannt, leidet Österreich zunehmend unter einem Mangel an Naturwissenschaftlern und Technikern, was die Regierungsverantwortlichen dazu verpflichten würde, für entsprechende Studien Anreize zu schaffen und auf der anderen Seite Hürden einzubauen. Statt dessen grassiert hierzulande immer noch die fundamentalistische Lehrmeinung, solche Lenkungsmaßnahmen seien des Teufels, alle Studienzugänge seien gleich zu behandeln – und vor allem zum Nulltarif.

Außerdem sollte eigentlich außer Streit stehen, dass es einen Unterschied macht, ob eine akademische Ausbildung von gesellschaftlichem Nutzen ist, wie das etwa bei Ärzten und Lehrern der Fall ist, oder ob es sich um (leichte?) Modestudien handelt, die vornehmlich der „Selbstverwirklichung“ dienen. Es darf angenommen werden, dass der studentische Mob, der im Oktober wochenlang Unruhe gestiftet hat, mehrheitlich der Gruppe der „Selbstverwirklicher“ angehört.

Geradezu absurd ist es, den freien und kostenlosen Studienzugang mit sozialer Gerechtigkeit begründen zu wollen. Was ist das für eine Gerechtigkeit, welche denen, die mit 15 Jahren eine Berufsausbildung beginnen und mit 18 Jahren die Kinderbeihilfe verlieren,

die Komplett-Finanzierung der Ausbildung von später besser verdienenden Akademikern auferlegt wird, und dass diese Studenten dann auch noch bis zum Alter von 26 Jahren mit monatlich 150 Euro KBH gesponsert werden? Der Betrag von 370 Euro Studiengebühr pro Semester war ohnehin nicht viel mehr als eine symbolische Eigenleistung und für wirkliche Sozialfälle durch Stipendien abgedeckt.

Auch die mit den Studiengebühren verbundenen positiven „Nebenwirkungen“ können nur Ignoranten gering schätzen: Mehr Tempo und weniger Studienabbrecher, besagt die Statistik. Die Absolventenzahlen sind kontinuierlich gestiegen, die Quote der „prüfungsaktiven“ Studenten hat von knapp zwei Drittel im Studienjahr 2000/01 sprunghaft auf über 80 % im Jahr 2008/09 zugenommen, die durchschnittliche Studiendauer ist von rund 14 auf zwölf Semester zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Drop-out-Rate von über 40 % auf knapp unter 30 % gesunken. Die Schlussfolgerungen daraus liegen klar auf der Hand!

Daher ist es nahe liegend, dass die Erstverantwortlichen für die Hochschulen, Wissenschaftsminister Johannes Hahn und Rektoren-Chef Christoph Badelt, vehement auf die Reaktivierung der Studiengebühren dringen. Badelt unterläuft allerdings ein Denkfehler, wenn er die ÖVP auffordert, als „Gegengeschäft“ der Einführung der Gesamtschule zuzustimmen. Denn dieser Wunsch der Linken, der de facto auf die Abschaffung der achtjährigen Gymnasien abzielt, ist ebenso fundamentalistisch motiviert wie die Gebührenfreiheit des Studiums. Wer mit der Materie vertraut ist, der weiß, dass es dafür keine rational nachvollziehbare Rechtfertigung gibt, und in keinem anderen Land mit Vollgymnasien ist deren Abschaffung ein Thema.

Veröffentlicht in den „Genius-Lesestücken vom Dezember 2009